



Zeitenwende in der Energiewirtschaft: Energieversorgungssicherheit in den Fokus nehmen

Positionspapier

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Ansprechpartner:

Dr. Cristina Cezara Missing
Bereichsleiterin Industrie, Energie, Umwelt und
Klima
030/24087-221
c.missing@wirtschaftsrat.de

Jones Heid
Fachgebietsleiter Energieeffizienz, Umwelt-,
Rohstoff und Klimapolitik
030/24087-228
j.heid@wirtschaftsrat.de

Paul Schönewald
Referent Energie- und Rohstoffpolitik
030/24087-225
p.schoenewald@wirtschaftsrat.de

Zeitenwende in der Energiewirtschaft: Energieversorgungssicherheit in den Fokus nehmen

Der russische Einmarsch in die Ukraine erschüttert uns auf einer Vielzahl an Ebenen. Die Auswirkungen auf die Energieversorgung des gesellschaftlichen und industriellen Sektors sind enorm. Im Jahr 2020 lag der russische Anteil deutscher Gasimporte bei rund 55 Prozent. Russland ist damit der größte Zulieferer Deutschlands, weit vor dem Königreich Norwegen und den Niederlanden. Sollte der Gasimport aus Russland, ausgelöst durch Sanktionierungen Deutschlands oder einem Exportstopp Russlands abrupt enden, wäre dies mit erheblichen Gefahren für Gesellschaft und Wirtschaft verbunden. Neben den massiven Einschränkungen im Industriesektor, wären ebenfalls Engpässe in der Ernährungs- und Tierfutterindustrie zu erwarten.

Die anhaltende Krise zeigt uns in aller Deutlichkeit, dass das aktuelle Ausmaß der Abhängigkeit Deutschlands und Europas von Energieimporten kein strategisch richtiger Weg sein kann. Eine eindimensionale Energiepolitik ist nicht zukunftsfähig. Ziel muss es sein, die Importabhängigkeit in den kommenden Jahren zu reduzieren und zwar bei gleichzeitiger Gewährleistung der Versorgungssicherheit und bezahlbarer Energiepreise für Verbraucher und Industrie.

Wir sehen uns mit der Tatsache konfrontiert, alte Strukturen neu denken zu müssen. Dabei dürfen gesetzte Ziele auf europäischer und nationaler Ebene, wie die Transformation des Industriesektors im Zuge des Fit-for-55-Agreements, nicht in Frage gestellt werden. Vielmehr gilt es, den Weg der Zielerreichung neu zu gestalten und die Unabhängigkeit unserer Energieversorgung voranzutreiben. Mehr denn je müssen dafür die europäischen Partnerländer geschlossen agieren und ihre Kräfte bündeln.

Es gilt nun einen technologieoffenen Weg einzuschlagen, welcher die gesamte Palette der Energieerzeugung und der effizienten Nutzung berücksichtigt. Dabei muss ein breiter Mix der Energiegewinnung sektorenübergreifend Anwendung finden. Eine wichtige Rolle im industriellen Sektor nimmt die Verwendung von grünem Wasserstoff ein. Dafür muss mittelfristig der Markthochlauf von blauen und türkisfarbenen Wasserstoff und der Aufbau der dementsprechenden Infrastruktur vorangetrieben werden.

Einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit liefert zudem der geplante Aufbau von drei LNG-Terminals, welche den Import von hohen Mengen an Flüssigerdgas ermöglichen. Die strategische

Rolle des Flüssigerdgases gilt es im Gesamtkonzept zu berücksichtigen. Auch muss die mögliche Nutzung von Fracking und Geothermie in den Fokus genommen werden und fernab jeglicher Ideologie diskutiert werden.

Eine mögliche Verlängerung der Laufzeit der hiesigen Kernkraftwerke muss ebenfalls in die energiepolitische Debatte mit einfließen. Im Jahr 2021 bezog Deutschland rund 12 Prozent der Bruttostromerzeugung aus Kernenergie, dies entspricht einem Anstieg um 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Branche nach ist sowohl ein Weiterbetrieb, als auch eine Reaktivierung der jüngst vom Netz gegangenen Reaktoren möglich. Wenn wir die Versorgungssicherheit in unserem Land sichern und energetische Ausfälle vermeiden wollen, müssen wir eine realistische Debatte hinsichtlich der möglichen Versorgungsquellen führen.

Als direkte Reaktion auf massiv steigende Energiepreise und Versorgungslücken muss die Rolle der Kohleverstromung neu gedacht werden. Der Wirtschaftsrat Deutschland spricht sich in diesem Zug gegen einen verfrühten Ausstieg aus der Kohleverstromung im Jahr 2030 aus. Vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse erscheint es sinnvoll, den Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung nachzukommen und die Nutzung von Kohlekraft mindestens bis in das Jahr 2038 weiter zu verfolgen. Wichtig ist dabei, Planungs- und Investitionssicherheit für die Anlagen zu gewährleisten.

Im gleichen Zug muss der Ausbau der erneuerbaren Energien europaweit vorangetrieben und eine stärkere Marktintegration umgesetzt werden. Eine Synchronisierung mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur ist dringend notwendig. Der Erfolg dieser Maßnahmen hängt entscheidend vom Handeln unserer europäischen Partner ab. Nur wenn die notwendigen Schritte im gemeinsamen Schulterschluss umgesetzt werden und ein übergreifender Fahrplan erarbeitet wird, kann unsere Wirtschaft die derzeitige Krise ohne Verluste seitens der Industrie und der Produktionsinfrastruktur überstehen.

Forderungen zum Erhalt der industriellen Versorgungssicherheit:

- ❖ **Technologieoffenheit statt Eindimensionalität:** Der Wirtschaftsrat fordert die Verfolgung einer technologieoffenen Strategie, welche sämtliche verfügbaren Optionen zur Energiegewinnung- und Nutzung berücksichtigt.
- ❖ **Strategische Bedeutung von LNG:** Der Import von Flüssigerdgas wird zukünftig eine wichtige Rolle zur Garantie der Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa einnehmen. Der geplante Bau deutscher LNG-Terminals ist daher zu begrüßen und sollte schnellstmöglich umgesetzt werden. Zukünftig wird eine flächendeckende Versorgung der Industrie mit Flüssigerdgas unabdingbar sein.
- ❖ **Verfrühten Kohleausstieg stoppen:** Den geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung im Jahr 2030 gilt es zu stoppen. Hier erscheint eine verlängerte Nutzung der Energiequelle bis in das Jahr 2038 als realistisch.
- ❖ **Ausbau der Erneuerbaren massiv beschleunigen:** Parallel muss der Ausbau der erneuerbaren Energien europaweit vorangetrieben werden. Hier liegt das Potential, langfristig die Abhängigkeit Deutschlands und Europas von Energieimporten zu reduzieren.
- ❖

- ❖ **Zielerreichung im europäischen Schulterschluss:** Zur Sicherung der industriellen Versorgungssicherheit bedarf es einer europäischen Gesamtstrategie. Nur im gemeinsamen Schulterschluss ist die Umsetzung und Sicherung der notwendigen Maßnahmen möglich.